

Zeitungsausschnitt

<input type="radio"/>	WAZ/WR	Westdeutsche Allg. Zeitung/Westfälische Rundschau	
<input type="radio"/>	RN	Ruhrnachrichten	<input checked="" type="checkbox"/> örtlich <u>W</u>
<input checked="" type="radio"/>	WZ	Westdeutsche Zeitung	<input type="radio"/> Gesamtausgabe
<input type="radio"/>	_____	_____	vom <u>11.12.91</u>

Aufgaben im Umweltschutz

Betr.: Schließung der Freiwilligen Feuerwehr Ehrenberg und anderer Einheiten

Als ehemaliges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr möchte ich noch folgende Aspekte erwähnen. Die Freiwilligen Wehren bilden einen kompakten, sozialen Verbund, der die gesamte Umgebung der Wehren mit einschließt und der die Wehren öfters zum Mittelpunkt innerhalb eines Jahres, gerade außerhalb der städtischen Zentren, werden läßt. Ich denke nicht nur an festliche Aktivitäten, die ja auch dem gesamten Image der Feuerwehr zugute kommen, sondern auch an Hilfeleistun-

gen jedweder Art, an Aufgaben im Umweltschutz, Betreuung und Hilfestellung älterer Menschen, sinnvolles Verbringen der Freizeit Jugendlicher.

Hierbei ist das Engagement Einzelner in den Wehren hervorzuheben, die ihre Freizeit opfern; dies besonders am Wochenende. Aus vorgenannten Gründen ist es deshalb falsch, alles nur mit der Einsatzhäufigkeit zu begründen. Vielleicht könnte man auch eine neue Diskussion entfachen: Welcher Ausschuß der Stadt wird nicht mehr benötigt???

Ralf Koch
Heckinghauser Str. 115
Wuppertal 2

SPD: Sachlicher Dialog über Feuerwehren

„Wir begrüßen, daß sich der Beirat der Freiwilligen Feuerwehr nun auch öffentlich zu seiner Verantwortung für die Vorschläge, die Standorte Barmen, Elberfeld, Kohlstraße und Walbrecken aufzugeben, bekennt“, erklärte gestern SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Zolldan. Wenn die Freiwillige Feuerwehr für über zehn Millionen Mark Investitionen bis zum Jahr 2000 fordere, müsse auch die Struktur überprüft werden, „die bekanntlich noch aus der Zeit stammt, als mit Pferd, Wagen und Handspritze gelöscht wurde“. Die SPD wolle mögliche Schließung danach beurteilen, ob der abwehrende Brandschutz und damit die Sicherheit der Bürger nicht beeinträchtigt werde. Gleichzeitig müßten die vorhandenen Mittel so eingesetzt werden, daß eine schlagkräftige Freiwillige Feuerwehr bestehen bleiben kann. Dies wolle man „vorurteilsfrei“ prüfen.

Freiwillige Wehren aufwerten

Betr.: WZ vom 5. Dezember, Freiwillige Feuerwehren

Der Artikel von Herrn Iven über die Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit und Ordnung zum Thema „Auflösung von vier Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr“ gibt Verlauf und Ergebnis der Beratungen nicht zutreffend wieder. Es handelt sich eher um einen Kommentar als einen Bericht. Der Ausschuß hat die Entscheidung über die Drucksache bis zu seiner Sitzung im März 1992 vertagt. Zuvor sind die Bezirksvertretungen anzuhören. Das entspricht dem normalen Beratungsgang. Das wesentliche Ergebnis der Sitzung war ein auf Initiative von Grünen und CDU einstimmig erteilter Auftrag an die Verwaltung, in Ergänzung der Vorlage Alternativen vorzustellen, insbesondere statt der Auflösung von Einheiten die verstärkte Einbindung der Freiwilligen Feuerwehr in vorhandene und neue Aufgaben zu prüfen und zu untersuchen.

Warum Freiwillige Feuerwehren auflösen, statt sie im Gegenteil stärker als bisher

einzusetzen? Uns geht es darum, nicht den gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand zu erhalten, sondern zu einer echten Verbesserung zu kommen: Entlastung der Berufsfeuerwehr, Aufwertung und verstärkte Einbindung der Freiwilligen. Der Auftrag des Ausschusses an die Verwaltung, diesen Gedanken als Alternative zu den kurzsichtigen unausgereiften Schließungsabsichten weiterzuverfolgen, entspricht dieser Position der Grünen. Die Aussage des Artikels, die Grünen würden die Auflösung der Einheiten „unabhängig von der Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung“ ablehnen, ist falsch und nach den eindeutigen Erklärungen, die ich im Ausschuß gegeben habe, nur als Unterstellung zu verstehen. Die Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr können nicht als Traditionsvereine dauerhaft Bestand haben, sondern als wichtiger Bestandteil des Brand- und Katastrophenschutzes in der Stadt.

Reinhard Kaiser
Fraktionssprecher
Die Grünen